



Positiv und kreativ: Sicherheitskonferenz – eine gelungene Veranstaltung

In der Nachbetrachtung wurde von allen Teilnehmern Konzept und Teilnehmerkreis als super gewertet. Die neue kreative Form des „World-Cafe“ fand eine breite und positive Zustimmung.

Leider war die Zeit für Diskussionen an den Tischen und die Auswertung am selben Tage zu kurz. Die breite Palette an Themen im Rahmen der PSR ist für alle in der Polizei Beschäftigten bedeutsam und die bis jetzt verbindlichen Antworten noch relativ überschaubar. Durch diese Siko ist jedoch vieles erhellt worden. Unsere Kollegen beginnen zu verstehen, wohin die „Reise“ geht. Mehrere Kollegen möchten sich noch zusätzlich zu einzelnen Problembereichen schriftlich äußern, weil viele Probleme nicht angesprochen werden konnten.

Fortführung der SIKO erbeten

Die GdP wurde von vielen Mitgliedern aufgefordert zu prüfen, wie eine erneute Runde, in dieser Konstellation anzuberaumen, sinnvoll ist, denn alle GdP-Mitglieder der Gesprächsrunde äußerten unisono, dies sollte wiederholt werden, wenn Dienstpostenplan, Liegenschaftskonzeption, IT-Konzeption, Personalvertretung und

die Umsetzungskonzeption vorliegen. Interessant war, dass viele dienstliche Leiter oder in sonstiger Verantwortung stehende Kollegen und Kolleginnen im Nachgang sich bei ihren GdP-Kreis- und Bezirksgruppen beschwerten, dass sie nicht geladen waren bzw. teilnehmen konnten. Dies zeigt den Stellenwert dieser Veranstaltung und das positive Feedback in der internen Nachbereitung in den Dienststellen.

An alle Kollegen und Kolleginnen, die nicht teilnehmen konnten: Die Kapazität der Veranstaltung war sehr begrenzt. Die Arbeitstische schon dicht belegt. Ein Primärziel war es, die Kollegen aus den Arbeitsebenen mit den Projektplanern zusammenzubringen. Dies ist uns gelungen und daraus entstehende Kontakte werden bereits jetzt zum weiteren Gedankenaustausch genutzt.

Für uns bleibt die Hoffnung, dass unser Innenminister, die Staatssekretärin und die Projektgruppe gesehen haben, dass Gewerkschaftsarbeit in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern konstruktiv und produktiv ist.

Danke an alle für ihren persönlichen Beitrag zu dieser Siko – wir bleiben dran und berichten weiter.

Ingo Neubert, Landesschriftführer
www.gdp.de/gdp/gdpls/nsf/id/20180501



Am Ende der Siko stellten die einzelnen Gruppen Ihre Ergebnisse vor.

**Foto:
Jens Hüttich**

SCHLAGLICHTER*

2. April 2018

Die neue Ausgabe ist Online – „Deutsche Polizei“ Landesteil Sachsen-Anhalt

Aschersleben. Nachdem die Aprilausgabe der „Deutschen Polizei“ in den Briefkästen lag, ist die Onlineausgabe unseres Landesteils jetzt für jeden verfügbar.

26. März 2018

Pressemeldung der Jungen Gruppe – Fußball-Gedenktournee und Spendenaktion

Magdeburg/Halle. Anlässlich der dritten Jährgang des Todestages des während einer Geschwindigkeitskontrolle im Dienst verstorbenen Polizeikommissars Alexander Sips führt die „Junge Gruppe“ der Gewerkschaft der Polizei Sachsen-Anhalt in diesem Jahr bereits zum dritten Mal ein Fußball-Gedenktournee durch. Das Turnier für verstorbene Polizeibeamte findet am 29. April 2018, ab 14 Uhr, in der Kicker-Arena, Weststraße, in Halle-Neustadt, statt.

19. März 2018

Willkommen – BAD TASTE-PARTY in der Mensa der Fachhochschule Polizei

Aschersleben/Magdeburg. Die GdP und die Junge Gruppe laden in Zusammenarbeit mit dem Event-Team und dem Freundeskreis der Fachhochschule Polizei ALLE recht herzlich ein

7. März 2018

Glückwünsche zum Internationalen Frauentag – Wer die Besten will, darf auf Frauen nicht verzichten

Magdeburg. In der Polizei in Sachsen-Anhalt ist nur ein geringer Teil der Mitarbeiter Frauen, da geht doch noch was ... Vor allem in den Führungspositionen gibt es erheblichen Nachholbedarf. Es werden seit den Achtzigerjahren bei der Polizei Frauen eingestellt. Das war vorher nicht so und der Polizeiberuf war eine reine Männerdomäne.

*** Unter dieser Überschrift werden kurze und prägnante Informationen aus den letzten Wochen veröffentlicht. Mehr Aktuelles gibt es unter:**

www.gdp.de/gdp/gdpls/nsf/id/Nachrichten



Frauentag in der Kreisgruppe

Am 8. 3. 2018 waren alle Frauen der KG Harz eingeladen.

Der Einladung folgte auch der Revierleiter Marco Zeuner. Er ließ es sich nicht nehmen, den Frauen zu gratulieren. Den Glückwünschen schloss sich die Vorsitzende der KG Harz an. Nach der Begrüßung wurde bei Kaffee und Kuchen in gemütlicher Runde geplaudert.

Die Frauen hatten aber auch eine kleine Überraschung für die Kreisgruppenvorsitzende Christiane Döhlert vorbereitet, die wieder einmal einen perfekten Rahmen für die Frauentagsfeier geschaffen hat. Sie haben Geld gesammelt und ein Geschenk überreicht, um Danke zu sagen, Danke für die jahrelange Arbeit als Kreisgruppenvorsitzende der KG Harz. Die sichtlich überraschte Christiane bedankte sich bei den anwesenden Frauen.

**Marco Kröger-Bassy,
Vorsitzender BG Nord**

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20180502



Die Vorsitzende der Kreisgruppe Harz, Christiane Döhlert (Dritte von rechts), gratuliert ihren Kolleginnen.

Foto: privat

 DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt
Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 120
39112 Magdeburg
Telefon: (0391) 6 11 60 10
Telefax: (0391) 6 11 60 11
E-Mail: lsa@gdp-online.de

 Adress- und Mitglieder-
verwaltung: Zuständig
sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der
Landesbezirke.

Redaktion:
Jens Hüttich (V.i.S.d.P.)
Walter-Kersten-Straße 9
06449 Aschersleben
GdP-Phone:
(01520) 8 85 75 61
Telefon: (03473) 802985
Fax: (0321) 21 04 15 61

E-Mail: jens.huettich@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-281X



Bundesfachausschuss tagte in Berlin

Am 14. und 15. 3. 2018 trafen sich die Kolleginnen und Kollegen des Bundesfachausschusses Wasserschutzpolizei (BFA WSP) in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin Moabit.

In meiner Eigenschaft als Mitglied des Landesbezirksfachbereiches Wasserschutzpolizei nahm ich zum ersten Mal an dieser Zusammenkunft teil. Unser langjähriger Vertreter beim BFA WSP, Kollege Siegfried Günther, verabschiedete sich im letzten Herbst in den wohlverdienten Ruhestand, so dass dieser „Posten“ neu zu besetzen war.

Nach einer herzlichen Begrüßung der Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern und der Bundespolizei See untereinander eröffnete Hagen Husgen, Mitglied im Bundesvorstand der GdP und Vorsitzender des GdP-Landesbezirkes Sachsen, die Veranstaltung. Kollege Hagen wird künftig das Bindeglied zwischen dem BFA WSP und dem Bundesvorstand sein.

Im Anschluss ging es dann sofort in die Sacharbeit. Eine Vorlage für den im Herbst stattfindenden Bundeskongress, initiiert durch den Vertreter der bayerischen Wasserschutzpolizei, stand auf der Tagesordnung ganz oben. Unter dem Oberbegriff Fremdverwendung wurde ein Prozess thematisiert und diskutiert, der sich bei einigen WSPen bereits verstetigt hat. Zum Beispiel ist die bayerische Wasserschutzpolizei seit zwölf Jahren aufgesplittet und in Dienst- und Fachaufsicht getrennt. Die einzelnen WSP-Standorte sind „Landdienststellen“ unterstellt. Diese üben auch die Dienstaufsicht aus. Da kann es schon sein, dass die Kollegen, die eigentlich ein Kabinenfahrgastschiff mit 150 Passagieren auf der Donau in puncto Arbeitsschutz und Betriebssicherheit kontrollieren wollten, zum Haus- und Familienstreit fahren bzw. versuchen, einen Erziehungsbefehl zu vollstrecken.

Nicht, dass sie es nicht könnten, aber die Bund-Länder-Abkommen über die jeweiligen WSPen sehen da klar die Überwachung des Schiffsverkehrs im Vordergrund. In Niedersachsen ist die Situation im Binnenbereich ähnlich. Natürlich – man kann die allgemeine Personalnot in

Bezug bringen, denn die Strukturreformen der letzten Jahre gingen ja bundesweit immer mit Personaleinsparungen einher. Für die bevorstehende PSR 2020 in unserem Bundesland wurde und wird zumindest Besserung gelobt.

Doch zurück zur Ausgangssituation: Der Fachausschuss beschloss einstimmig die Vorlage für den bevorstehenden Bundeskongress, der dann den Bundesvorstand beauftragen soll, sich dafür einzusetzen, dass die in den letzten Jahren vermehrt zu beobachtende Fremdverwendung von Kräften der Wasserschutzpolizeien der Länder unterbleibt.

In der Berichtsrunde aus den Landesbezirken kam auch hier das allgemeine Problem Nachwuchsgewinnung ans Tageslicht. In einigen Ländern scheint die Verwendung bei der Wasserschutzpolizei bereits deutlich an Attraktivität verloren zu haben. So blieben Interessenabfragen eher unterfrequentiert. In Nordrhein-Westfalen entschloss man sich daher, den Einstieg in die dortige Wasserschutzpolizei durch Kollegen aus der Landespolizei bis zum 52. Lebensjahr anzubieten. Die Anzahl der Interessenten erhöhte sich damit deutlich. Das will gut überlegt sein, denn der Weg zum uneingeschränkt einsetzbaren WSP-Beamten nimmt einige Jahre in Anspruch.

In Berlin endete die Veranstaltung nach zwei Tagen reger Diskussion,

angenehmen Erfahrungsaustauschs und einstimmiger Beschlussfassung.

Für die Wasserschutzpolizei Sachsen-Anhalt gilt: Nach einer Pensionierungswelle im Jahre 2017 haben neue Kollegen den Weg zu uns gefunden. Diese haben in Teilen schon die grundlegende Fortbildung an der Wasserschutzpolizeischule in Hamburg absolviert. Der nächste Schritt ist nach viel (Mit-)Fahrpraxis der Erwerb des Dienstbootführerscheins und weiterer Qualifikationen.

Wie alle anderen Bereiche dieser Landespolizei auch, braucht die Wasserschutzpolizei in den kommenden Jahren kontinuierliche Personalzuführungen, um landesweit den gestellten Aufgaben weiterhin gerecht werden zu können. Die bevorstehende Angliederung an die Polizeiinspektion Zentrale Dienste im Rahmen der Strukturreform wird in diesem Zusammenhang mit Spannung erwartet.

Übrigens, für denjenigen, der Alleinstellungsmerkmale sucht: Die Polizei Schleswig-Holstein sucht händelringend Beamte, die auf der Insel Helgoland Dienst verrichten wollen. Die allgemeine polizeiliche Aufgabenwahrnehmung erfolgt dort durch die Wasserschutzpolizei. Bei Erstwohnsitznahme wird eine Inselzulage gewährt. ;-)

Henning Zobel

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20180503



Ein Boot der Wasserschutzpolizei Sachsen-Anhalt

Foto: Henning Zobel



Bekanntnis des DGB zur Gewaltfreiheit und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Beschäftigten

Ein Streifzug durch die Entscheidungen der DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt am 03. Februar 2018 mit unmittelbarer Relevanz zur Gewerkschaft der Polizei in Sachsen-Anhalt

Im Leit Antrag A02 „Handlungsfähiger Staat: Zukunftsfest durch Investitionsoffensive“ wurden Feststellungen der Gewerkschaft der Polizei und weiterer aufgegriffen.

DGB: So wurde erkannt, dass die öffentliche Infrastruktur in vielen Bereichen stark in Mitleidenschaft gezogen ist. So schiebt Deutschland, die leistungsstärkste Volkswirtschaft Europas und einer der reichsten Staaten der Welt, einen Sanierungsstau von zirka 300 Mrd. Euro vor sich her. Allein in den Kommunen beläuft sich der Investitionsstau laut Recherchen der Kreditanstalt für Wiederaufbau auf 126 Mrd. Euro. Inzwischen fahren Bund, Länder und Kommunen gefährlich auf Verschleiß und nähern sich ihrer Handlungsunfähigkeit. Parallel dazu hat die Ungleichheit – trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung – auch in Sachsen-Anhalt deutlich zugenommen. Während die Reichen immer reicher werden, mussten die unteren vier Zehntel der Bevölkerung in den letzten 15 Jahren reale Einkommensverluste hinnehmen. Es ist demnach eindeutig, dass sich nur reiche Menschen einen armen Staat leisten können. Prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit, Werksverträge und Befristungen haben vielerorts zu Lasten der Stammbesatzung zugenommen.

Die Einstellung von Wachpolizisten mit **sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen** ist offenkundiger Beleg für die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Schaffung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse. So wurde durch mangelhaftes Personalmanagement der Landesregierung in Form des drastischen Personalabbaus ohne Beachtung demografischer Entwicklung und Notwendigkeit von Wissenstransfer eine Situation der po-

lizeilichen „Notversorgung“ hervorgerufen.

DGB: Öffentliche Dienstleistungen und gut funktionierende Verwaltungen sind bekanntermaßen eine wichtige Grundlage für hohe Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger. Bund, Länder und Kommunen sind nur dann in der Lage, effektiv zu handeln, wenn sie sich auf eine gut ausgebildete, motivierte Landesverwaltung stützen können. In der Vergangenheit ist aufgrund des politisch auferlegten Sparzwanges sowie durch Privatisierung die Personaldecke und damit auch das Knowhow immer weiter ausgedünnt worden, so dass die Belastung für die noch vorhandenen Beschäftigten deutlich angestiegen sind.

Funktionsfähigkeit sowie Qualität hat sich durch unüberlegtes Outsourcing, insbesondere in der Polizeiverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt, geradezu nicht verbessert (Beispiel: Dataport Informations- und Kommunikations-Dienstleister der öffentlichen Verwaltung u. a. in Sachsen-Anhalt). Wie in der öffentlichen Verwaltung im Allgemeinen, wurde es in der Landespolizei Sachsen-Anhalt versäumt, eine nachhaltige Personalpolitik zu betreiben, um einerseits die Beschäftigten zu entlasten und andererseits erforderliche hohe Qualität der Dienstleistung Sicherheit und Ordnung sicherzustellen.

DGB: Verschärft wurde die Situation durch zahlreiche Leistungsver schlechterungen, die eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst gegenüber der privaten Wirtschaft als weniger attraktiv erscheinen lassen.

Unsere Beschäftigten im öffentlichen Dienst und nicht zuletzt in der Polizeiverwaltung und dem Polizeivollzug des Landes Sachsen-Anhalt brauchen neue Perspektiven jenseits von fraglichen Strukturreformen und so genannten Organisationsweiterentwicklungen.

DGB: Sie, die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung brauchen eine Landesregierung, die ihnen Entwicklungsmöglichkeiten bieten und sie die Wertschätzung für geleistete Arbeit spüren lassen.

Keine Wertschätzung durch die Landesregierung Sachsen-Anhalt ist es, rechtswidrige Zustände zu schaffen bzw. aufrechtzuerhalten und nach verwaltungsgerichtlicher Aburteilung nicht für Gleichheit unter allen Beamten zu sorgen (z. B. Entschädigungszahlungen wegen altersdiskriminierender Besoldung).

Es ist ferner keine Wertschätzung, weitab von einer amtsangemessenen Besoldung zur eigenen Rechtfertigung undurchsichtige Rechenwerke zu verfassen, um beispielsweise Jahressonderzahlungen zu einem Witz verkommen zu lassen.

DGB: Der öffentliche Dienst braucht auch dafür zuerst eine bessere Personalausstattung, um seine Aufgaben sachgerecht wahrnehmen und gute Dienstleistungen erbringen zu können. Stellen- und Ausgabenkürzungen sowie Verwaltungsreformen ohne eine Aufgabenkritik und der Beteiligung der Beschäftigten führen zu schlechteren Dienstleistungen und zu einer hohen Arbeitsverdichtung bei den Beschäftigten. Der DGB lehnt einen weiteren Stellenabbau in den Landesverwaltungen ab. Vielmehr ist eine Beteiligung der Beschäftigten auf „Augenhöhe“ bei der Weiterentwicklung der Behörden- und Aufgabenstruktur zwingend erforderlich.

DGB: Das verheerende Auseinanderdriften in besoldungs-, versorgungs- und laufbahnrechtlichen Fragen in den einzelnen Bundesländern ist nicht weiter tragbar. Die Alimentierung unter den einzelnen Dienstherrn hat sich so stark auseinanderentwickelt, dass von gleichen Arbeits- und Lebensbedingungen keine Rede sein kann. Der Grundsatz „Besoldung folgt Tarif“ muss weiterhin gelten: Tarifergebnisse sind zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu übertragen. Das heißt vor dem Hintergrund der Schuldenbremse, dass sich die Besoldungsstruktur nicht an der Haushaltssituation orientieren darf, sondern den Anforderungen



DGB-BEZIRKSKONFERENZ NIEDERSACHSEN-BREMEN-SACHSEN-ANHALT

im jeweiligen Amt entsprechen muss.

Dies bedeutet auch die Wiedereinführung von Sonderzahlungen auf einem amtsangemessenen Niveau.

Ein weiterer Leitantrag setzt sich auseinander mit den Rechten aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Gewalt gegen Einsatzkräfte – nicht mit uns!

Die Konferenz beschloss:

Es gehört zum Selbstverständnis des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dass er sich mit der gleichen Kraft und Entschlossenheit für alle Gewerkschaftsmitglieder einsetzt. Das geschieht unabhängig von ihrer Mitgliedschaft in einer bestimmten Einzelgewerkschaft. Dies gilt im besonderem Maße auch für die Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen aller Beschäftigten und Beamtinnen und Beamten, die als Einsatzkräfte vor Ort bei den Men-

schen sind, um deren Sicherheit zu gewährleisten und sie medizinisch zu versorgen.

Das Einsatzpersonal, ob nun bei der Polizei, der Feuerwehr oder den Sanitätsdiensten, leistet herausragende Arbeit, ist ein wertvoller Teil unserer gewerkschaftlichen Gemeinschaft und verdient für seine Leistungen die höchste gesellschaftliche Anerkennung.

Grundlage für ihre erfolgreiche Arbeit ist eine entsprechende finanzielle Anerkennung, aber auch der Schutz vor Angriffen und Pöbeleien.

Die Unversehrtheit bei der Berufsausübung – nicht nur bei Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und Rettungskräften – im Sinne guter Arbeit darf nicht infrage gestellt werden.

Wir verurteilen es in schärfster Form, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen als Amtsträgerinnen und Amtsträger bei der Ausübung ihres

Dienstes beleidigt, verbal oder sogar tätlich angegriffen werden.

Zum Wesensmerkmal der Einheitsgewerkschaft gehören die Debatte und das Ringen um gemeinsame Positionen. Diese inhaltliche Auseinandersetzung ist nicht Schwäche, sondern Stärke des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Nur so kann Demokratie gelebt werden. Wertschätzung und Respekt müssen dabei Grundlage jeder Diskussion sein. Eines bleibt allerdings unumstößlich: Intoleranz und Gewaltanwendung werden von uns nicht toleriert. Als DGB bekennen wir uns ausdrücklich zur Gewaltfreiheit und zum Schutz aller Gewerkschaftsmitglieder und Kolleginnen und Kollegen.

Rolf Gumpert,
Vorsitzender GdP-BG LSA Süd

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20180504

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

Noch immer haben wir nicht alles erreicht

Der Einladung zu einer Frauentagsfeier am 8. 3. 2018 in Magdeburg folgten wir gerne, da dieser Termin uns auch die Gelegenheit gab, mal wieder zu diskutieren, was wir bisher erreicht haben, was wir noch erreichen wollen und welche Ziele wir weiterhin mit all unseren Mitteln und Kräften durchsetzen wollen.

Themen wie die Gleichstellung von Frau und Mann stehen immer wieder auf der Agenda. Denn auch heute ist es leider noch nicht selbstverständlich, dass Frauen in unserer Gesellschaft die gleichen Rechte haben wie ihre männlichen Kollegen.

Die Diskussionsrunde beinhaltete Themen wie umfassendes Gesundheitsmanagement für alle Beschäftigten, die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben sowie behördeninterne Förderprogramme.

Hier in Magdeburg konnten wir zusammensitzen und uns über die vielen noch anstehenden Aufgaben austauschen. Es gab viel Gesprächsstoff über die bisher erreichten Ziele und auch über noch anstehende Aufgaben und Probleme.

Gemeinsam und mit vereinten Kräften kämpften wir dann miteinander und auch gegeneinander in sportlicher Runde beim Bowling und die hier verbrannten Kalorien konnten wir bei einem gemeinsamen Abendessen wieder auffüllen.

Alle hatten sichtlich ihren Spaß und die Diskussionen nahmen kein Ende.

So brachte uns dieser Tag folgende Erkenntnis: Auch mit Spaß kann Frau viel erreichen.

Und die Vergangenheit hat uns doch bereits immer wieder gezeigt, dass es ohne uns Frauen nicht geht. In der Zu-

kunft wollen wir noch viele Aufgaben meistern und dafür werden wir immer wieder zueinander finden, unsere Freizeit gerne „opfern“ und weiterhin kämpfen.

Und in diesem Sinne spreche ich im Namen aller anwesenden Frauen der Organisatorin ein dickes Lob für die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung aus. So sind wir gerne für die weitere Zusammenarbeit bereit.

Wenke Krüger,
stellv. Vorsitzende der Frauengruppe
www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20180505



Der Einladung zur Frauentagsfeier sind viele Kolleginnen nach Magdeburg gefolgt.

Foto: GdP Sachsen-Anhalt





Personalentwicklung der Polizeiverwaltung in ...

... Sachsen

Die Polizeiverwaltungen tragen wesentlich bei der Aufgabenerfüllung des PVD bei. Durch Personalreduzierungen wurden viele Verwaltungsstellen nicht mehr neu besetzt. Im Ergebnis hat sich die Personaldecke in Verwaltungen verringert, was dazu führt, dass manche Aufgaben nur noch sporadisch wahrgenommen werden bzw. privatisiert wurden. Am Beispiel der Abt. 4 im PVA kann gezeigt werden, wie mit einer ordentlichen Personalausstattung qualitativ und quantitativ, spezifisch für die Polizei ausgerichtet, bessere Arbeit leistet wird, als ein externer Dienstleister das konnte. Bei 1 000 neuen Stellen (nur PVD) für die Sächsische Polizei ist es erforderlich, auch im Bereich der Verwaltung das Personal entsprechend aufzustocken. Schließlich bedarf es auch für zusätzliche Polizisten qualifiziertes Personal, das u. a. die Stellen verwaltet, Reisekosten abrechnet, Service bei WuG, IUK, Kfz, Beschaffungswesen und Logistik bereitstellt. Um zuverlässiges und gut qualifiziertes Personal zu bekommen, muss der Verwaltungsbereich tarifpolitisch bzw. lauffbahnrechtlich attraktiv werden und Beruf und Familie in Einklang gebracht werden können. In den kommenden Jahren wird ein verstärkter Altersabgang einsetzen. Die Frage wird sein, wie die Stellen besetzt werden sollen, wenn bereits jetzt absehbar ist, dass Altersabgänge in den anderen öffentlichen Verwaltungen ersetzt werden müssen. Die Fachhochschule in Meißen wird bei ihrer jetzigen Kapazität nicht genügend Fachkräfte ausbilden können. Umso mehr muss seitens der Sächsischen Polizei durch eine attraktive Personal- und Tarifpolitik die Schaffung einer Polizeiverwaltungszulage für Verwaltungsbeamte, die Wiedereinführung des Bewährungsaufstieges für Tarifbeschäftigte oder die verstärkte Nutzung der Möglichkeit des prüfungsfreien Laufbahnwechsels für berufserfahrene Verwaltungsbeamte Anreize geschaffen werden, um Personal zu beschaffen oder zu halten.

Klaus Hanisch

... Sachsen-Anhalt

... kann man auch gleichsetzen mit Personalabbau. Allein in den 90er-Jahren wurde versucht, Vollzugsbeamte von Verwaltungstätigkeiten zu befreien und in Größenordnungen Beschäftigte eingestellt. Wie sich herausstellte zum Nachteil der Beschäftigten, denn schon wenige Jahre später wurden immense Abbauzahlen beschlossen. Sie stehen bis zum heutigen Tage.

Es geht nicht um eine funktionierende Verwaltung, eher um Verhältniszahlen. Es ist nie gelungen, ein echtes Personalentwicklungskonzept für die Verwaltung zu erstellen. Beschäftigte für die Aufgaben in der Zukunft zu qualifizieren, ihre Stärken zu erkennen und zu fördern. Es war eben leichter, in den Topf des Polizeivollzuges zu greifen und Verwaltungsposten mit ihnen zu besetzen.

Für die Zukunft sollte es uns gelingen, die Beschäftigten wieder mehr in den Fokus zu rücken. Durch professionelle Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben stellen wir sicher, dass Polizeibeamte ihre Kernaufgaben uneingeschränkt wahrnehmen können. Die Verhältniszahlen haben dazu geführt, dass wir heute in einigen Behörden massive Fehlstellen haben. Gut ausgebildete Verwalter haben die Landespolizei verlassen, da sie in anderen Ressorts höher bewertete Dienstposten wahrnehmen konnten oder einfach ein besseres Arbeitsklima vorfanden. Wir haben mit der neuen Strukturreform die Möglichkeit, seriöse Berechnungen anzustellen.

Die Verwaltung ist kein „notwendiges Übel“, sie ist eine tragende Säule zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Diese Arbeit muss gut vergütet bzw. besoldet werden. Engagement muss sich wieder lohnen. Neueinstellungen, auch über dem Soll, müssen getätigt werden, damit nicht auch das Wissen der Kolleginnen und Kollegen mit in den Ruhestand geht. Ausbildung als Zauberwort. Nicht Abbau, sondern Qualifizierung und Wertschätzung im Bereich der Verwaltung!

... Thüringen

Nach der Polizeistrukturereform im Jahr 2012 werden die Aufgaben einer zentralen Verwaltungsbehörde mit entsprechenden Dienst- und Serviceleistungen für die gesamte Thüringer Polizei durch die Landespolizeidirektion wahrgenommen. Hier sind Tarifbeschäftigte, Verwaltungs- und Polizeivollzugsbeamte in der Verwaltung tätig. Die Polizeiverwaltung ist ein wesentlicher Teil der Polizei und unterscheidet sich deutlich von der allgemeinen Verwaltung. Grundlage der beruflichen Entwicklung ist jedoch die Thüringer Laufbahnverordnung sowie die Beurteilungsrichtlinie Allgemeine Verwaltung.

Für die Jahre 2016 und 2017 gab es für die Thüringer Polizei eine Beförderungquote von zusammen zehn Prozent. Diese wurde im Innenressort zu gleichen Teilen aufgeteilt. Eine Unterscheidung zwischen Polizeivollzugsdienst und Verwaltung wurde nicht vorgenommen. Zusätzlich erfolgte eine Trennung in nichttechnischen, technischen und naturwissenschaftlichen Dienst. Längere Wartezeiten im jeweiligen Amt, überwiegend im mittleren, aber auch im gehobenen und höheren Dienst, sind seit Jahren die Folge. Eine eigene Ausbildung von Verwaltungspersonal gibt es bei der Thüringer Polizei nicht. Sie erfolgt für den gehobenen Dienst an der Thüringer Fachhochschule und für den mittleren Dienst an der Verwaltungsschule. Nach der Ausbildung können sich die Absolventen auf angebotene Stellen der Landesverwaltung bewerben.

Die GdP fordert schon seit Längerem eine Polizeilaufbahn, welche auch die Polizeiverwaltung beinhaltet, eine strikte Trennung der Vollzugs- und Verwaltungsdienstposten sowie eine mögliche Besetzung aller Planstellen auch durch Tarifbeschäftigte. Eine Personalentwicklung soll für alle Beschäftigte der Thüringer Polizei stattfinden. Leistung und Engagement muss sich in diesem Bereich wieder lohnen und endlich eine entsprechende Wertschätzung erfahren.

Monika Pape



NEUES VOM FÖRDERVEREIN

Die „Arche“ in Stendal

Die Zahl der Kinder, die in Armut leben, nimmt rasant zu. In Deutschland leben ca. 1,7 Millionen Kinder an der Armutsgrenze.

Das sind ca. 13 % der Kinder Deutschlands. Arm sind in Deutschland die Menschen, die über so geringe soziale und finanzielle Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die hier als Minimum annehmbar ist. Kinder dieser Familien müssen auf fast alles verzichten: Urlaub, Geschenke, Mitgliedschaften in Vereinen und Musikunterricht. Das soziale Umfeld ist daher gezeichnet von Depressionen, Demotivation und Abhängigkeiten.

Die Folge: Die Kinder haben sehr schlechte Chancen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt und steuern somit einer Zukunft entgegen, die ihrer Kindheit sehr ähnelt. Unsere Arche liegt in Mitten einer Plattenbausiedlung in der zirka 15 000 Menschen leben. Das Stadtseegebiet ist der soziale Brennpunkt Stendals mit einer Arbeitslosenquote von weit über 30 %. In unmittelbarer Nähe befindet sich das Asylbewerberheim Stendals. Besonders auffällig bei uns ist auch die hohe Anzahl alleinstehender Mütter unter 25 Jahren mit teilweise drei oder mehr Kindern. Also kann man sich ausmalen, dass Stendal von den Verwahrlosungstendenzen nicht ausgeschlossen ist. Die Vorsitzende des Fördervereins, Vera Ruppricht, und ihr Stellvertreter Uwe Petermann besuchten die Arche in Stendal und wollten sich vor Ort ein

Bild über die Arbeit der dort ehrenamtlichen Mitarbeiter unter der Leitung von Mario und Petra Tiesies machen. Natürlich nicht mit leeren Händen, sie übergaben vom Förderverein einen Spendenscheck in Höhe von 300 €.

Nach einem interessanten und sehr angenehmen Gespräch durften wir die Räume der Arche besichtigen und konnten einfach nur feststellen, dass sich die Verantwortlichen einer Wahnsinnsaufgabe stellen und in ihrer Arbeit eine hohe Verantwortung liegt. Kinder sind nun mal unsere Zukunft und jede Investition zahlt sich aus.

Sie selber haben einen Leitspruch, den man nur abschreiben und vor allem unterstützen kann:

Was wir uns für die Kinder wünschen:

- Ein starkes Selbstwertgefühl, unabhängig vom Geldbeutel!
- Gleiche Bildungschancen für einen guten Start ins Leben.
- Freunde und Familie als festes Fundament ihrer Identität.
- Vertraute Ansprechpartner für alle Lebenslagen.
- Hoffnung, Perspektiven und vor allem Liebe.

Wir haben uns fest vorgenommen, das Projekt auch in Zukunft zu unterstützen, vielleicht und hoffentlich mit der Hilfe aller unserer Kolleginnen und Kollegen. Weitere Informationen findet ihr hier: <https://www.arche-stendal.de>.

Vera Ruppricht, Vorsitzende des Fördervereins

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20180506



Vera Ruppricht und Uwe Petermann übergeben die Spende an die Mitarbeiter der Arche.

**Foto:
GdP Sachsen-Anhalt**

SENIORENTERMINE

Seniorengruppen der PD Ost*Bereich Sandersdorf*

am 8. 5. 2018 ab 10 Uhr Bowling und am 22. 5. 2018 ab 10 Uhr Bowling und Versammlung auf der Bundeskegelbahn in Sandersdorf.

Bereich Wittenberg

am 8. 5. 2018 um 13.45 Uhr am Parkplatz am Wald Klöden, dann Schießübungen, Schießstand Klöden mit Partnern Teilnehmersmeldung bis zum 22. 4. 2018 an Peter Lembke: 0 34 91/5 09 80 77..

Bereich Wolfen

am 26. 6. 2018 und am 4. 9. 2018 um 15.00 Uhr Versammlung in der Gaststätte „Am Rodelberg“ in Wolfen.

Seniorengruppen der PD Nord*Bereich Aschersleben/Satßfurt*

am 11. 6. 2018 und 11. 9. 2018 um 15 Uhr im Hotel „Stadt Aschersleben“, Herrenbreite 17 in Aschersleben.

Bereich Bernburg

am 11. 5. 2018 und 9. 8. 2018 um 14 Uhr Versammlung in „Lauf's Restaurant“, Zepziger Weg 3 in Bernburg.

Bereich PD Haus/PRev MD/WSP

am 8. 5. 2018 und 18. 9. 2018 um 14 Uhr in der Vereinsgaststätte des SV Armania 53 in der Erich-Weinert-Straße 25 in 39104 Magdeburg (Straßenbahnlinie 2 + 8, bis Haltestelle „AMO/Steubenalle“).

Seniorengruppen der PD Süd*Seniorengruppe Saalekreis*

am 16.05.2018 und am 21.11.2018 um 10.00 Uhr Kegeln in der Ladenstraße in Schkopau mit anschließendem Mittagessen.

Seniorengruppe PD Haus/Revier

am 9. 5. 2018 und am 13. 6. 2018 um 14.30 Uhr in der Begegnungsstätte „Zur Fähre“ der Volkssolidarität, Böllberger Weg 150 (Straßenbahnlinie 1 und Buslinie 26, Haltestelle: Böllberger Weg).

Ausflug beider Seniorengruppen

am 14. 6. 2018 zu den Leipziger Seen mit Schiffsfahrt auf dem Markleeberger und Störmthaler See. Preis pro Person 18,50 €. Treffpunkt: 10. Uhr an der Seepromenade, Seeblick 10, 04416 Markleeberg Abfahrt: 10.30 Uhr Seepromenade Ankunft: ca 13.40 Uhr Seepromende Teilnehmersmeldung bitte bis 28. 5. 2018 (unbedingt erforderlich), Teilnehmer aus Halle bei Rolf Kutschera: 03 45/7 70 85 49 oder 01520/8871292 aus dem Saalekreis bei Rainer Ludwig: 0 34 61/20 42 88 oder 0 15 20/8 85 96 25

Die Landesredaktion

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/S-Termine



GELACHT ODER NACHGEDACHT

Diese Enttäuschung, wenn man fragt, ob man in der Küche helfen kann und es dann tatsächlich muss.

Menschen finden Direktheit exakt so lange gut, bis du etwas sagst, was ihnen nicht passt.

Freunde siehst du nicht in der Kneipe, sondern wenn du umziehst.

Der Landesvorstand

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20180507

REDAKTIONSSCHLUSS

für die Ausgabe 6/2018 ist:

Freitag, der 3. Mai 2018.

und für die Ausgabe 7/2018 ist:

Freitag, der 1. Juni 2018.

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Die Landesredaktion

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/DP-LSA

